

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 64 (1985)

Heft: 1

Artikel: Ein Lehrstück der kapitalistischen Krisenbewältigung : Katalysator als Ablasshandel

Autor: Fässler, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den direkten Steuern einen höheren Stellenwert ein als die SPS. Insgesamt besitzt es mehr und einschneidendere Instrumente. Allerdings dürfen auch hier die Unterschiede nicht überbewertet werden. Denn die direkten Steuern und der zentrale Investitionsfonds des Balcerowicz-Konzepts dienen letztlich demselben Zweck wie die Einkommenspolitik der SPS, nämlich der Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Ob Konsum und Investitionen durch Steuern und Fonds oder aber durch eine Ausschüttungsquote besser gesteuert werden können, ist theoretisch wie praktisch eine offene Frage.

3.3 Einführungsdauer

Während das SPS-Wirtschaftskonzept langfristig orientiert ist und seine vollständige Einführung vermutlich 20–30 Jahre in Anspruch nehmen dürfte, schlägt die Balcerowicz-Gruppe eine geradezu radikal kurze Einführungsdauer für ihr Konzept vor. Nach einer Vorbereitungszeit von maximal einem Jahr «sollte man in einem Akt die wesentliche Mehrheit der verbleibenden Neuregelungen einführen, darunter vor allem

die entscheidenden Elemente der Reform . . .» Danach sollen noch Anpassungen und Ergänzungen folgen, vor allem durch Abbau von flankierenden Sicherungsmassnahmen und Erweiterung der Währungskonvertibilität.

Kapitel IV

Schlussbemerkungen

Die angesprochenen Unterschiede dürfen den Blick darauf nicht verstellen, dass die beiden Konzepte in ihren Grundelementen – dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, der innerbetrieblichen Selbstverwaltung und der Verknüpfung der Marktwirtschaft mit einer globalen Rahmenplanung – einander stark verwandt sind. Die einzelnen Unterschiede dürften zu einem guten Teil auf die unterschiedlichen «Ausgangsbedingungen» (hie krisengeschüttelte Zentralverwaltungswirtschaft, da hochentwickelter, sozial witterter Kapitalismus) und die damit verbundenen Erfahrungen zurückzuführen sein. Insgesamt zeigt sich ein bis in die Details *erstaunliches Mass an «Sy-*

stemkonvergenz»: Die die wirtschaftlichen Reformvorstellungen aus mehreren kommunistischen Ländern Mitteleuropas und von sozialdemokratischen und sozialistischen Kreisen Westeuropas lassen sich mehr oder weniger auf denselben Grundtypus zurückführen. Neben den beiden diskutierten Konzepten können dafür die jugoslawische Selbstverwaltung, französische, bundesdeutsche und skandinavische Modelle, die Vorstellungen von Ota Sik und (mit Einschränkungen) die ungarische Wirtschaftsreform angeführt werden.

¹ Wirtschaftsreform in Polen: Der Entwurf aus der Hochschule für Planung und Statistik 1980, bearbeitet von Dr. Piotr Pysz, in: Dokumentation Ostmitteleuropa, Jg. 9, Heft 5/6. Marburg, Dezember 1983 (im folgenden zitiert als Konzept). Vgl. weiter NZZ Nr. 129 und 136 des Jahres 1981.

² Vgl. Pysz, Piotr, Wirtschaftsreformdiskussion in Polen 1980–1981, in: Österreichische Osthefte, Jg. 25 (1983), S. 287–307.

³ Vgl. dazu das SPS-Diskussionspapier Wirtschaftskonzept und Selbstverwaltung aus dem Jahr 1979 (1. Auflage). Eine ausführlichere und aktualisierte Fassung wird 1985 publiziert.

Ein Lehrstück der kapitalistischen Krisenbewältigung

Katalysator als Ablasshandel

Eine nichtgehaltene Rede von Kantonsrat Hans Fässler

Dank der Einführung der Katalysatortechnik zieht der Kapitalismus wieder einmal den Kopf aus der Schlinge, und wie jedesmal, wenn er dies tut, schlägt er daraus auch noch Profit. Oder, um es anders zu formulieren: Der Katalysator ist Balsam für die Seelen der vom schlechten Gewissen geplagten Autofahrer, das «Absolvo Te» für Um-

weltsünder kann nun für 1000 bis 2000 Franken käuflich erworben werden, und was wir in den kommenden Jahrer erleben werden, ist nichts als ein widerlicher Ablasshandel. Dies ist die These, welcher der St. Galler SP-Kantonsrat Hans Fässler im folgenden nachgeht.

Die Ausgangslage ist doch die: Das Waldsterben hat breitesten

Bevölkerungsschichten drastisch vor Augen geführt, was die sogenannten «Öko-Pessimisten» schon seit Jahren unermüdlich wiederholt haben: dass unsere kapitalistische Industriegesellschaft auf dem Wege dazu ist, ihre Lebensgrundlagen zu zerstören, dass es so einfach nicht mehr weitergehen kann. Denn wenn Bad Ragaz und

Mels unbewohnbar zu werden drohen, wird es langsam, aber sicher unmöglich, Wachstumskritiker und auch Gesellschaftskritiker als «Miesmacher», «Schwarzmaier» und «Extremisten» abzustempeln und ins gesellschaftliche Abseits zu manövriren. *Immer mehr verbreitete sich die Einsicht, dass nur eine kranke Gesellschaft einen kranken Wald produzieren kann.*

Verdrängung und ein Ausweg

Diese Ausgangslage hat nun zwei Reaktionen hervorgerufen: Einerseits begann, was man wahrscheinlich nur noch mit den Kategorien der Psychoanalyse erfassen kann: eine Verdrängung von gigantischem Ausmass. Auch als mit der heute möglichen Sicherheit wissenschaftlich erwiesen war, dass der Autoverkehr Hauptverursacher des Waldsterbens ist, klammerten sich die autoabhängigen Massen verzweifelt an jeden Strohhalm, zitierten mit seltener Sturheit irgendwelche obskure Studien, die nun doch bewiesen hätten, dass der Wald aus diesem oder jenem Grund, aber doch sicher nicht wegen der Autos sterbe. Menschen von durchschnittlicher oder überdurchschnittlicher Intelligenz liessen sich durch nichts vom Glauben abbringen, wer schneller fahre, sei schneller weg von der Strasse und mache weniger Dreck, und an der Autobahn seien ja noch alle Bäume grün. Dieser gigantische, in seinen Ausmassen bisher wohl einmalige Verdrängungsprozess wurde genährt und in Gang gehalten von einer ebenso gigantischen Betäubungsmittelindustrie, und ich meine damit nicht Drogen im herkömmlichen Sinn. Ich meine vielmehr den «Blick», Teile der Tagespresse, die Publikationen der Autoindustrie und der Automobilinteressenverbände sowie die allge-

meine Unterhaltungsindustrie vom Walkman bis zur neuen elektrischen Zitronenpresse, die nun doch noch die endgültige Glückseligkeit verspricht. Das war die erste Reaktion: Verdrängung, Verdrängung und nochmals Verdrängung.

Aber diese Verdrängung genügte nicht, die Stimmen, welche vor einem ökologischen Umkippen warnten, liessen sich auch mit der fröhlichsten Ländlerkassette nicht übertönen. Das führte zur zweiten Reaktion: zur Suche nach einem Ausweg, nach einer technischen Lösung, die es erlauben würde, weiterzuwursteln wie bisher, die ein Umdenken unnötig machen würde. Und eine solche Lösung war auch bald zur Hand, und heute sprechen wir hier darüber: Katalysatoren.

Schauen wir jetzt noch die Sache aus einem anderen Blickwinkel an. Stellen wir diejenigen zwei Massnahmen einander gegenüber, die in den letzten Jahren am meisten diskutiert wurden und die schweizerische Psyche wie kaum ein Thema zuvor in Wallung gebracht haben: Geschwindigkeitsbeschränkungen und Katalysatoren. Die grundsätzlich verschiedene Haltung des Bürgertums diesen beiden Massnahmen gegenüber ist ein geradezu phantastisches Lehrstück kapitalistischer Krisenbewältigung: Die Geschwindigkeitsreduktion wäre erstens eine rasch wirksame, problemlose Massnahme zu einer Herabsetzung der Umweltbelastung gewesen und zweitens auch, und das ist fast wichtiger, ein symbolischer Akt: Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise muss überdacht werden, wir müssen lernen, uns einzuschränken, individuelle Freiheit und schneller, weiter, höher und mehr Kubik sind keine sinnvollen Werte.

Gegen dieses Umdenken, gegen diese Einschränkung hat sich die ganze Wucht einer kapitali-

stischen Schlüsselindustrie gewandt: Die Automobilindustrie, das Autogewerbe, die Autointeressenverbände und wesentliche Teile der bürgerlichen Parteien haben diese Massnahmen zu Fall gebracht und einen ängstlichen Bundesrat in einen lächerlichen Kompromiss gezwungen.

Die gespaltene Zunge

Im Gegensatz dazu ertönt nun landauf, landab das hohe Lied vom Katalysator, ertönt gerade besonders lieblich aus jenen Kreisen, die bis heute den Zusammenhang zwischen Autoabgasen und Waldsterben bestreiten. 1979 jammerte der Zentralpräsident des Autoverbandes der Schweiz, die neuen Abgasvorschriften gefährdeten den Automarkt Schweiz. Und der Verband schweizerischer Automobilimporteure malte 1981 und 1982 den Teufel an die Wand gegen die neuen Abgasvorschriften. Die Zeitschrift «Das Autogewerbe» titelte über die neuen Abgasvorschriften «Auf dem Weg zum Totalitarismus». Noch im März 1983 gab sich BMW-Chef von Kuehnheim an der Jahresversammlung der Tessiner Industriellen skeptisch gegenüber der Einführung von Katalysatoren. Der Präsident des Automobilsalons Genf eiferte im selben Monat gegen die ökologischen Verleumder und sprach sich für einen Verzicht auf die 86er-Normen aus. 1984 behauptete Emil Frey, drittgrösster Autoimporteur der Schweiz, das Auto habe nur einen Anteil von 25 bis 30% am gesamten Schadstoffausstoss. Im Mai 1984 sagte Robert Rivier, Präsident des Autogewerbeverbandes der Schweiz, man habe die Beweiskette zwischen Waldschäden und dem Auspuffgas nicht schliessen können, das Auto sei Opfer einer Desinformationskampagne. In ganzseitigen In-

seraten behauptete die Vereinigung schweizerischer Automobilimporteure noch diesen Sommer, am Waldsterben seien die Fichten-Monokulturen schuld, auch das trockene Wetter, das Auto habe damit nichts zu tun. Und der schweizerische Gewerbeverband sprach noch in der Vernehmlassung zu Tempo 80/100 vom «sogenannten Waldsterben».

Aber jetzt hat sich der Wind gedreht. Das Umweltbewusstsein, oder vielleicht besser der Leidensdruck, in der Bevölkerung ist gestiegen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Katalysatoren scheinen gegeben, die Gesellschaft schreit nach einem Wundermittel. Und siehe da: Eine kapitalistische Schlüsselindustrie, welche noch immer den Zusammenhang zwischen Auspuff und dürrem Tannenbaum leugnet, wittert das Geschäft. Die Automobilindustrie bekommt glänzende Augen: all die vielen neuen Modelle, die auf den Markt kommen. Dem Autogewerbe wird der Mund wässrig: all die Kontrollen und

Nachkontrollen und die Reparaturen. Und die Platinindustrie wird ganz aufgeregt vor Freude: Das wird das Jahrhundertgeschäft, nach Ansicht von Edelmetallspezialisten wird der Preis der Unze Platin denjenigen des Goldes übertreffen, sobald in Europa die Katalysatortechnik eingeführt ist.

Vom Wachstum zum Superwachstum

Was jetzt passiert, ist eine klassische Durchbrecherstrategie, die sich nahtlos in das Zukunftsszenario des Reagan-Verehrers Hermann Kahn einfügt: Die negativen Folgen der Technik werden mit noch mehr Technik behoben, aus dem Schlamassel des industriellen Wachstums kommen wir nur mit einem superindustriellen Wachstum. Die Warnung gilt: Geben Sie sich keinen Illusionen hin, machen Sie sich nichts vor. Der Wald ist zum Teil bereits gestorben, er stirbt jetzt und in den nächsten Jahren: Die Auswirkungen der Katalysatortechnik werden vermutlich

aus Gründen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, zu spät kommen. Und zudem werden die Katalysatoren auch sonst katastrophale Auswirkungen haben: Der Autofahrer, in seiner einfachen Psyche, wird ihn als Generalabsolution verstehen. Es wird kein Grund mehr da sein, weniger Auto zu fahren, auf die Anschaffung des Zweitwagens zu verzichten oder auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Wir werden weiter Straßen bauen und ausbauen und begradigen auf Teufel komm raus, es wird kein Grund mehr da sein, den öffentlichen Verkehr zu fördern, wir werden weiter 1000 Menschen pro Jahr auf unseren Straßen hinschlachten, der Verkehr wird, wie in der GVK vorgesehen, bis im Jahre 2000 nochmals um rund 60% zunehmen. Und machen Sie sich bitte nichts vor: Auch wenn, wider Erwarten, mit den Katalysatoren der Kapitalismus noch einmal den Kopf aus der Schlinge des Waldsterbens ziehen sollte, die nächste ökologische Schlinge ist schon bereit.

Umweltpolitik geht nicht ohne Wirtschaftspolitik

Wann stirbt der Boden?

Ein Gespräch mit Volker Hauff

An der Tagung des GDI, Gottlieb-Duttweiler-Institut, zum Thema «Stirbt der Boden, die schleichende Vergiftung unserer Lebensgrundlage?» war der Tagungsleiter Volker Hauff einziger Politiker unter den 13 referierenden Wissenschaftlern, Verwaltungs- und Wirtschaftsvertretern. Wir hatten Gelegenheit, mit Volker Hauff am Rande der Tagung ein Gespräch zu führen, das den technokratischen Rahmen der Tagung sprengen und Konsequenzen aus sozialistischer Sicht aufzeigen sollte. Dabei ist Hauff notgedrungen zum Thema «Boden» zu Umweltpolitik und Politik überhaupt gelangt. Fazit: Umweltpolitik ohne Einbezug von Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik löst keine Probleme. Mit Volker Hauff sprach Michael Kaufmann, Mitglied der Geschäftsleitung der SPS.

M.K.: Volker Hauff, stirbt der Boden?

Hauff: Die Gefahren für den Boden sind unübersehbar. Wir

stehen mit dieser Frage dort, wo wir vor einigen Jahren bezüglich Waldsterben standen. Wir sollten daraus endlich etwas lernen. Wir können nicht mit Gottvertrauen zuwarten, sondern müssen uns konkret und praktisch mit diesen Gefahren auseinandersetzen. Was den Bodenschutz anbetrifft, ist es Zeit zum Handeln.

M.K.: Ist jedoch die Frage nach dem Bodensterben richtig gestellt? Kommen wir hier nicht über die Problematik Boden heraus?